53 Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 566

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Freitag, 28. November 1924

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Wirtschaftsverhandlungen.

Die Besprechungen in London.

Günstiger Stand, aber noch keine Lösung der Frage der Einfuhrabgabe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 28. November.

Zu den Verhandlungen über den deutsch-englischen Handelsvertrag bemerken heute die „Times", daß man sich über die allgemeinen Linien des Handelsvertrages selbst geeinigt habe. England wird nicht nur das Meistbegünstigungsrecht, sondern auch gewisse Garantien gegen eine einseitige Behandlung und gegen eine Begrenzung seiner Ausfuhr nach Deutschland erhalten. Die Hauptkonzession, die England machen wird, werde die sein, daß die englische Regierung sofort dem Parlament ein Gesetz unterbreiten wird, nach dem alle Beschränkungen, die jetzt noch den Deutschen als ehemaligen Feinden auferlegt sind, aufgehoben werden würden, daß es also in Zukunft keinen Unterschied in der Behandlungsweise zwischen den Deutschen und den Angehörigen anderer Staaten geben wird. Das Problem der 26prozentigen Ausfuhrsteuer sei allerdings bis jetzt noch ungelöst geblieben. Nach dem gestern bekanntgegebenen deutschen Vorschlag sollte das bisherige System der Zahlung der Abgabe durch den individuellen Käufer deutscher Waren durch einen bestimmten Betrag ersetzt werden, den die deutsche Regierung zahlen würde, und der der Summe gleichkommen würde, die durch die Abgabe herauskommen würde. Die Einwendungen gegen diesen Vorschlag seien, wie „Times" bemerken, so, daß sie vollkommen mit dem Dawes-Plan und den Ansichten des Generalagenten für Reparationen, wie dieser in seinem Brief vom 14. November an die deutsche Regierung zum Ausdruck gebracht hat, vollkommen übereinstimmten. Die Deutschen erklärten aber wieder und wieder, daß sie ohne eine Aenderung der Einsammlungsmethode nicht imstande sein würden, eine Ratifikation des Vertrages im Reichstage durchzusetzen.

Der Landwirtschaftsminister Edward Wood hat gestern abend die landwirtschaftlichen Pläne der neuen Regierung angekündigt. Die Regierung hat sich entschlossen, eine Konferenz der Landeigentümer, Landwirte und Landarbeiter einzuberufen und mit ihnen die Maßnahmen zu besprechen, die notwendig sind. Zunächst soll das Land, das sich noch unter dem Pflug befindet, in seiner Ausdehnung aufrechterhalten und sowohl in England wie in Wales erheblich vergrößert werden. Außerdem sollen die Maßnahmen besprochen werden, durch die man in England eine Höchstproduktion an Lebensmitteln erzielen kann. Alle Vorschläge, die gemacht würden, müßten mindestens eine Vergrößerung der angebauten Flächen um eine Million Acres vorsehen. Der Minister hat einen Beschluß der Regierung verkündet, der Zuckerindustrie, die man in England entwickeln wolle, Hilfsgelder für zehn Jahre zu gewähren.

Der deutsch-französische Handel.

Steigerung der Ausfuhr nach Deutschland. — Die Wirtschaftsverhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

♀ **Paris,** 28. November.

Der Handelsminister Raynoldy hat gestern vor den vereinigten Kammerausschüssen für Zölle und Handel einiges über die Verhandlungen mit Deutschland und Belgien gesagt. Er gab über die Grundlinien des Regierungsplanes Aufschluß und bat die Kommission, die wichtige Arbeit für die wirtschaftliche Organisation Frankreichs zu erleichtern. Auf Einwände und Fragen verschiedener Art versprach Raynaldy, in 14 Tagen noch einmal vor den beiden Kommissionen zu erscheinen. Er hat die Hoffnung, daß dann die Verhandlungen mit Deutschland bereits Klarheit ergeben werden. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag haben, wie von französischer Seite mitgeteilt wird, gestern nachmittag wieder etwas lebhafter eingesetzt. Heute vormittag kommen die Sachverständigen der Schwerindustrie noch einmal zusammen. Um drei Uhr ist eine Vollsitzung der beiden Delegationen im Handelsministerium anberaumt.

Die französische Ausfuhr nach Deutschland hat im Jahre 1924 um das Vierfache zugenommen. Die radikalen Zeitungen schreiben diesen Erfolg der politischen Entspannung zu, die seit dem 11. Mai eingetreten ist. Der „Quotidien" schreibt: „Der Handel zwischen Frankreich und Deutschland lag während der Ruhrbesetzung still. Er wurde sofort wieder lebhafter, als Frankreich eine andere Politik gegenüber Deutschland einleitete. Die französische Ausfuhr betrug in den ersten zehn Monaten des Jahres 1923 863 Millionen, sie ist in den ersten zehn Monaten des Jahres 1924 auf 3019 Millionen gestiegen.

Das Los der Polizei.

Von (Nachdruck verboten.)

Ministerialdirektor **Dr. Abegg,**
Leiter der Polizeiabteilung im Preußischen Ministerium des Innern.

„Ein Schutzpolizeibeamter erschossen!" So meldeten dieser Tage wieder einmal die Blätter. Mehr oder minder ausführliche Schilderung des Hergangs mit dem Schluß „Ein Schutzpolizeibeamter erschossen!" Ohne weitere Betrachtungen — ohne Andeutung, als ob etwas Außerordentliches geschehen sei. Nur mit der sachlichen Gewissenhaftigkeit des Chronisten wird der Vollständigkeit halber verzeichnet, daß der gefallene Oberwachtmeister verheiratet und Familienvater war. Die Zeitung hat ihre Berichtspflicht erfüllt. Die Menge des Stoffes duldet kein längeres Verweilen bei einer Episode gerade der Millionenstadt! Eine Episode! Warum auch viel Aufhebens davon machen — sind doch in den letzten fünf Jahren Hunderte von Polizeibeamten der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei und der Landjägerei in Ausübung ihres Berufes ums Leben gekommen. Und immer wieder kommt dieselbe Meldung „Ein Schutzpolizeibeamter gefallen!" Fast zu aufdringlich klingt es, wie die unbequeme Mahnung an eine Schuld. Halb bedauernd, halb unwillig zuckt der Leser mit den Schultern: „Nun ja, der Mann hat seine Pflicht getan, Berufsgefahren, Betriebsunfall — dafür wird der Beamte bezahlt!"

Wie ist die Wirklichkeit? Ein namenlos schwerer Beruf, schwer durch all die unzähligen Vorschriften, Bestimmungen und Lehren, die beherrscht werden müssen — schwer durch die körperlichen Anstrengungen und Leistungen bei Tag und Nacht, bei Wind und Wetter — schwer durch die stets drückende, nie nachlassende Verantwortung — schwer durch die stete Gefahr für Leib und Leben. Ist damit der Leidenskelch des Polizeibeamten erschöpft? Nein, eines überwiegt all die anderen Lasten zusammen, so unerträglich sie oft dünken: der mangelnde Dank, die mangelnde Anerkennung derer, denen der Polizeibeamte durch steten Einsatz seines Lebens ihr Hab und Gut, Leib und Leben erhält. Immer wird die Polizei gescholten — immer ist sie schuld! Bei den geringsten unliebsamen Vorkommnissen regnet es Beschwerden gegen die Polizei: Sie war nicht da, sie griff nicht ein, sie griff zu milde ein, sie packte zu scharf zu — kurz, die Polizei ist schuld! In England tritt das Publikum von vornherein immer für den Polizeibeamten ein — bei uns ist fast ausnahmslos das Gegenteil der Fall, selbst wenn er durchaus korrekt verfährt. Hat vollends ein Polizeibeamter, zermürbt durch die Anforderungen seines Berufs, überanstrengt, gequält von wirtschaftlichen Sorgen, überreizt infolge der steten Erschwerung seiner Dienstpflichten durch die Bevölkerung, oft gerade durch die Gebildeten, sich zu Tätlichkeiten, zu Mißhandlungen hinreißen lassen, dann braust durch die Oeffentlichkeit tagelang ein Entrüstungssturm.

Nun ja, das darf nicht sein, es muß scharf durchgegriffen werden — der schuldige Beamte wird unnachsichtlich, rücksichtslos bestraft oder entlassen! Doch sind die Verfehlungen wirklich so häufig? Verschwindet nicht die Zahl solcher Vorkommnisse völlig gegenüber der Zahl der Polizeibeamten, gegenüber dem, was sie unabläßig Gutes wirken? Trotz aller Not, trotz des politischen und wirtschaftlichen Drucks steht der Staat fester denn je, die Wirtschaft hebt sich, und ein jeder im Lande kann seinem Beruf, seinem Erwerb ruhig und unbesorgt nachgehen, die Opposition darf sich austoben in Schmähungen, wie nie zuvor, im Bewußtsein ihrer Geborgenheit im Schutze gerade dieses Staates. Wer hat dies Werk so festgefügt in all dem Elend? Nächst den leitenden Männern unsere Polizeibeamten! Sollte da der immer wiederkehrende Beweis, daß sie mit ihrem Leben opferbereit das aller anderen schützen, nicht eine Mahnung sein, ihnen, sei es auch ohne laute Aeußerung, steten Dank zu wissen, Nachsicht zu üben, wenn Verfehlungen zutage treten? „Ein Polizeibeamter erschossen!" Ein erschütterndes Los, zu fallen von der Hand eines Volksgenossen, mitten im Frieden, unvorbereitet für Weib und Kind, die in Kummer und Sorgen zurückbleiben. Wer je eine solche Todesmeldung gelesen hat und wieder liest, der möge an seiner Stelle, mit seinen Kräften den Polizeibeamten helfen, wo es auch sei, der soll sie fördern aus ihrer wirtschaftlichen Not zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit, der möge sie vor allem achten und ehren. Je mehr das geschieht, um so mehr wird der Polizeibeamte dem Ideal entsprechen, das man von einem solchen hat.

Ausscheiden Bradburys aus der Reparationskommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

♀ **Paris,** 28. November.

Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Sir John Bradbury, wird am 31. Dezember d. J. voraussichtlich seine Tätigkeit in der Kommission beenden. Sir John Bradbury, der die markanteste Erscheinung in dieser Kommission war, glaubt, daß nach der Organisation des Dawes-Planes die Aufgabe der Reparationskommission nur technischer Art sein werde, und will deshalb nach England zurückkehren. Die Information ist zwar noch nicht offiziell bestätigt, aber sie dürfte zutreffend sein.

Xanten befreit.

(Telegramm.)

Duisburg, 28. November. (T. U.)

Die belgische Besatzung von Xanten ist nach Diederich verlegt worden.

England und Aegypten.

Der Suezkanal und der Sudan. — Die Ermordung des Sirdar. England und der Völkerbund.

Von unserem Korrespondenten
Dr. Kurt v. Stutterheim.

△ **London,** 26. November.

Seitdem die englische Flotte im Jahre 1882 Alexandria bombardiert und England die Aufsicht über Aegypten übernahm, haben dort die Unruhen niemals ganz aufgehört. Dabei hat England, was auch von ägyptischer Seite zugegeben wird, wirtschaftlich und sozial viel für das Land getan. Unter englischer Leitung nahmen Ruhe und Sicherheit zu und die Bestechlichkeit und Paschawirtschaft ab, ebenso wie Straßen und Eisenbahnen angelegt und die Wasserversorgung verbessert wurde. Mit Recht hat deshalb England den Namen des Lord Cromer in das Buch seiner großen Kolonisatoren eingezeichnet.

Nach dem Ausbruch des Weltkrieges wurde der damalige Khedive Abbas II abgesetzt und Aegypten in ein britisches Protektorat verwandelt. Die Entwicklung blieb aber hierbei nicht stehen. Denn die ägyptischen Nationalisten unter Zaglul Pascha, die die Unabhängigkeit Aegyptens forderten, hatten derart an Einfluß zugenommen, daß England sich veranlaßt sah, eine besondere Mission unter Lord Milner nach Aegypten zu entsenden. Auf Grund des Milnerschen Berichtes erfolgte dann die Unabhängigkeitserklärung Aegyptens vom 28. Februar 1922, wobei England sich jedoch eine Reihe von Rechten vorbehielt.

Diese vier Vorbehalte, die sich auf den Suezkanal, den Sudan, die Sicherung der auswärtigen Interessen und die Verteidigung Aegyptens beziehen, haben aus dem neuen Königreich von Anfang an ein Zwitterwesen gemacht, was den Ausgangspunkt aller späteren Dispute bilden sollte. Denn wenn die Aegypter ihrerseits betonten, Aegypten sei ein unabhängiger Staat, so erwiderte England darauf: Ja, aber in bezug auf eine Reihe von Fragen ist eure Souveränität beschränkt.

Der Grundgedanke der liberalen englischen Staatsmänner, die die Unabhängigkeitserklärung trotz heftigsten Widerstandes der konservativen Imperialisten durchsetzten, war, daß Aegypten in eine Art Kooperation mit England treten würde, auf Grund derer eine friedliche Regelung der politischen Probleme zustande kommen würde. Diese Streitfragen sind ebenso schwierig als sie leicht übersichtlich sind, wobei auch die Stellung der beiden Parteien von Anfang an gegeben ist. Ein Blick auf den Atlas zeigt, daß der Suezkanal die conditio sine qua non für das ganze englische Weltreich ist. Deshalb aber muß nach englischer Ansicht Aegypten, das schließlich nur ein kleiner Bruchteil der Welt sei, dem größeren Interesse nachgeben und sich eine Beschränkung seiner Souveränität hinsichtlich des Suezkanals gefallen lassen. Nicht mit Unrecht weist die englische Presse auch darauf hin, daß eine Preisgabe des Suezkanals durch England doch nicht zu dessen Befreiung führen würde, da sich dann andere Mächte dort festsetzen würden.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn der junge ägyptische Nationalismus sich solcher Erwägung der praktischen Politik zugänglich erwiesen hätte. Denn, wie allen jungen Nationalstaaten, so war es auch Aegypten mehr um den äußeren Machtzuwachs als um die innere Festigung des Staates zu tun. Ebenso wie die Polen plötzlich entdeckten, daß sie nicht ohne Schlesien leben könnten, so wurde der Suezkanal zum Grundpfeiler der ägyptischen Monarchie erklärt. Mit der gleichen Entschiedenheit nahm Aegypten den Sudan als integrierenden Bestandteil des ägyptischen Königreiches in Anspruch. Dieses Recht zum Alleinbesitz des Sudans wurde von England auf das energischste bestritten, das den ägyptischen Ansprüchen dadurch Genüge getan zu haben glaubte, daß es dem Sudan die Staatsform eines englisch-ägyptischen Kondominats verlieh. Sein eigenes Anrecht auf den Sudan führt England darauf zurück, daß es den Sudan einmal erobert und dann erarbeitet habe, und daß die sudanesische Bevölkerung selbst die englische Herrschaft als Wohltat, die ägyptische dagegen als Ausbeutung empfinde.

Sowohl in dem Streit um den Suezkanal als auch um den Sudan ging es daher hart auf hart, so daß die einzige Hoffnung auf Versöhnung in der persönlichen Zusammenkunft zwischen Zaglul Pascha und MacDonald lag, die nach manchen Verzögerungen im September des Jahres in London zustande kam. Das Ergebnis der Konferenz war gleich null. Zaglul Pascha bot ein Bündnis der beiden Länder an und wies auf den Völkerbund hin, aber Mac Donald konnte nicht nachgeben. Er wußte, daß er in 24 Stunden hinweggefegt sein würde, wenn er die Verbindung Englands mit Indien gefährdet hätte.

Die englisch-ägyptischen Beziehungen waren somit auf dem toten Punkt angelangt, als das Attentat auf den Sirdar Lee Stack die beiden Länder in Aufruhr versetzte. Die Empörung, die der Anschlag bei England hervorrief, war grenzenlos, zumal, nachdem General Stack seinen Wunden erlegen war. Die Imperialisten forderten den Widerruf der Unabhängigkeitserklärung Aegyptens und die Annexion des Sudans. Von diesen beiden Extremen hielt der Minister des Aeußern, Austen Chamberlain, sich fern. In allem übrigen aber griff er mit einer Schärfe durch, die ihn von jedem Verdacht reinigen mußte, daß er mit dem englischen Prestige im Osten, das die Diehards schon bedroht sahen, spielen lassen würde. Daß England Sühnegeld und die Bestrafung der Schuldigen forderte, war sein gutes Recht